

USA

Träumer in Angst

Rund 740 000 junge Migranten fürchten sich besonders vor dem Machtwechsel im Weißen Haus. Es sind Menschen, die als Minderjährige illegal eingewandert sind und an einem von Präsident Barack Obama 2012 eingerichteten Regierungsprogramm namens DACA teilnehmen. Das Projekt „Deferred Action for Childhood Arrivals“ sichert ihnen bislang einen halblegalen Status. Die Teilnehmer, die sich „Dreamer“ – „Träumer“ – nennen, dürfen legal in den USA arbeiten und sind zunächst für eine Dauer von zwei Jahren vor Abschiebung geschützt. Der designierte Präsident Donald Trump hat während seiner Kampagne angekündigt, zwei bis drei Millionen illegale Einwanderer abzuschieben und DACA zu beenden. Da Obama das Programm per Dekret



Marsch von US-Migranten gegen Trump

erlassen hat, könnte Trump dies auch durch eine einfache Unterschrift widerrufen. Angelica Salas, Leiterin einer Menschenrechtsorganisation in Los Angeles, fürchtet, dass Trump an den jungen Migranten ein Exempel statuieren könnte: „Die Regierung hat

all ihre Daten, ihre Fingerabdrücke, Trump kann die Dreamer sehr leicht finden.“ Salas rät anderen Migranten, vorsichtig mit einer Bewerbung zu sein – sie „sind jetzt möglicherweise besser geschützt, wenn sie keinen Kontakt zur Regierung haben“. kku

Ukraine

Bank weg, Schulden weg

Bis zum vergangenen Sonntag war Ihor Kolomojskyj Eigentümer der größten Bank der Ukraine – und einer der reichsten Männer im Land. Mit Fernsehkanälen und Einfluss auf mehrere Parteien war er zugleich einer der mächtigsten Politiker. Am Sonntag aber beschloss das

ukrainische Kabinett, Kolomojskyjs Geldhaus „PrivatBank“ zu verstaatlichen. Sofort übernahmen am Hauptsitz in Dnipro (ehemals Dnipropetrowsk) Vertreter des Finanzministeriums die Kontrolle. Gefordert hatte die Verstaatlichung die Zentralbank: Es drohe eine Insolvenz, PrivatBank fehlten umgerechnet 5,4 Milliarden Euro an Kapital. Der Grund sind riskante Geschäfte: Die Bank

hat ihr Geld Unternehmen geliehen, die wiederum Kolomojskyj und seinem Miteigentümer nahestehen. Auf 97 Prozent schätzt Zentralbankchefin Walerija Hontarewa den Anteil solcher virtuellen Forderungen. Das Problem war in Finanzkreisen bekannt. Nur war PrivatBank zu groß und Kolomojskyj zu mächtig, als dass man es hätte lösen können. Die Hälfte des Zahlungsverkehrs der Ukraine läuft über das Haus, jeder zweite Ukrainer ist Kunde. Bankrott oder Schließung kamen nicht infrage. Mit der Verstaatlichung hat Präsident Petro Poroschenko zweierlei erreicht. Dem IWF kann er einen Fortschritt bei der Sanierung des Bankensektors präsentieren, ohne den es wohl keine weiteren Hilfgelder gäbe. Und den Wählern zeigt er, dass sich seine Regierung nicht fürchtet, einem Oligarchen die größte Bank wegzunehmen. Allerdings kann Kolomojskyj sich freuen, dass nun der Steuerzahler für seine Schulden einspringt. esc



Poroschenko, Kolomojskyj 2015

Fußnote

2000

Haushalte in der kubanischen Hauptstadt Havana sollen in einem zweimonatigen Pilotprojekt mit Internetanschlüssen ausgestattet werden. Bislang waren private Zugänge auf der Insel nur Ärzten, Journalisten und Akademikern erlaubt. Die kubanische Regierung hatte vor Kurzem ein Abkommen mit Google geschlossen, die Firma soll die Internetversorgung verbessern.